

Landkreis übernimmt Kosten für „Vehler Wieh“

Große Hoffnungen knüpft die Stadt Obernkirchen an die Entwicklung des neuen Gewerbegebietes „Vehler Wieh“. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) sowie der Verwaltungsausschuss haben sich dafür ausgesprochen, den Bebauungsplan aufzustellen und den Flächennutzungsplan entsprechend zu ändern. Die Idee, ein interkommunales, großflächiges Gewerbegebiet „Müsingenvehlen“ gemeinsam mit der Stadt Bückeburg zu entwickeln, wird vorerst nicht weiterverfolgt.

Obernkirchen. Die Stadt Bückeburg setzt bei ihrer Gewerbeentwicklungsplanungen andere Prioritäten. Die ursprünglich auf einem gemeinsamen Konzept beruhende Rahmenplanung wurde daher leicht modifiziert nur für die Obernkirchener Gemarkung vorangetrieben. Obernkirchen bleiben keine anderen Möglichkeiten, die Stadt hat ihr Reservoir an möglichen anderen Gewerbeflächen ausgeschöpft. Mit der Ansiedelung neuen Gewerbes hoffen die Obernkirchener, ihre „störanfällige Monostruktur“, ihre Abhängigkeit vom Metallbau und der Glashütte „Heye-Glas“ aufzubrechen. Durch „vorausschauende Wirtschafts- und Standortpolitik und -pflege“, so heißt es in der Beschlussvorlage der Verwaltung, „lassen sich wegbrechende Arbeitsplätze kompensieren“.

Das Konzept ist bereits im November 2000 dem Landkreis vorgestellt worden. Seitens der Fürstlichen Hofkammer, besteht die grundsätzliche Bereitschaft, eine etwa 21 Hektar große landwirtschaftliche Fläche in Vehlen (Ortsausgang Bückeburg) zu veräußern beziehungsweise zu tauschen. Die Fläche liegt westlich entlang der Bundesstraße 65 und an der geplanten neuen, westlich um Vehlen herum verschwenkten Trassenführung der Landesstraße 451. Wo sonst starkes Verkehrsaufkommen eher kritisiert wird, setzen die Obernkirchener und auch der Landkreis dort gerade noch auf eine Zunahme. Die (abgesehen von der Autobahn 2) regional bedeutsamste Verkehrsstrasse soll Gewerbe anziehen. Das neue Gebiet „Vehler Wieh“ stimmt in diesem Zusammenhang mit dem gewerblichen Ansiedlungskonzept des Landkreises überein, der die Finanzierung übernimmt. Die Gesamtplanungskosten für die Entwicklung sind mit 300 000 Euro veranschlagt worden. Auf der Grundlage der bisherigen Beratungen und Abstimmungsverfahren soll nun der Planungsauftrag vergeben werden. Es soll ein Stufenkonzept beschlossen und als Basis für die Stellung eines Förderantrags an den Landkreis weiter entwickelt werden. Parallel zu den konkreten Grunderwerbs- und Zuschussverhandlungen soll das Bauleitverfahren zur Ausweisung des Gebietes als Gewerbebaufläche eingeleitet werden.

© Schaumburger Nachrichten, 14.12.02 (tk)